

Hinweise zur Datenverarbeitung nach Art. 13 DSGVO

Stand: Oktober 2026

Mit den nachfolgenden Informationen erläutern wir, wie wir personenbezogene Daten im Rahmen eines Mandatsverhältnisses verarbeiten:

1. Verantwortliche Stelle

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Rechtsanwaltskanzlei Wedeking
Wilhelmstraße 13
46483 Wesel

Telefon: 0281 – 33856-0

Fax: 0281 – 33856-56

E-Mail: kanzlei@kanzlei-wedeking.de

2. Kategorien personenbezogener Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, soweit dies zur Prüfung, Begründung, Durchführung und Beendigung des Mandatsverhältnisses oder zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten erforderlich ist. Hierzu können insbesondere gehören:

- Stammdaten, etwa Name, Anschrift, Geburtsdatum und Kontaktdaten,
- Kommunikationsdaten,
- Vertrags- und Abrechnungsdaten,
- Sachverhalts- und Verfahrensdaten,
- Bank- und Zahlungsdaten,
- Daten aus überlassenen Unterlagen und Nachweisen,
- gegebenenfalls besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne von Art. 9 DSGVO, insbesondere Gesundheitsdaten, soweit dies für die Mandatsbearbeitung erforderlich ist.

3. Zwecke der Verarbeitung

Die Verarbeitung erfolgt insbesondere zu folgenden Zwecken:

- Prüfung, Begründung, Durchführung und Beendigung des Mandatsverhältnisses,
- rechtliche Beratung und Vertretung,
- Kommunikation mit Mandanten, Gerichten, Behörden, Gegnern, Gegnervetretern, Rechtsschutzversicherern und sonstigen Beteiligten,
- Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen,
- Abrechnung anwaltlicher Leistungen,
- Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungs-, Dokumentations- und berufsrechtlicher Pflichten,
- Organisation und Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Kanzleibetriebs.

4. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere auf Grundlage von:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO, soweit die Verarbeitung für die Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen oder zur Erfüllung des Mandatsvertrages erforderlich ist,
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist,
- Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte der betroffenen Person überwiegen,
- Art. 9 Abs. 2 lit. f DSGVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich sind,
- Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO, soweit eine Einwilligung erteilt wurde.

5. Berechtigte Interessen

Soweit die Verarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruht, liegen die berechtigten Interessen insbesondere in

- der sachgerechten Organisation der Kanzlei,
- der effizienten Kommunikation,
- der Geltendmachung oder Abwehr von Ansprüchen,
- der Gewährleistung von IT-Sicherheit, Verfügbarkeit und Integrität der Systeme,
- der Qualitätssicherung interner Arbeitsabläufe,
- der Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Kanzleibetriebs.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Eine Übermittlung personenbezogener Daten erfolgt nur, soweit dies gesetzlich zulässig ist und für die Mandatsbearbeitung erforderlich ist. Empfänger können insbesondere sein:

- Gerichte und Behörden,
- Gegner, Gegnervetreter und sonstige Verfahrensbeteiligte,
- Rechtsschutzversicherungen,
- Notare, Gerichtsvollzieher, Sachverständige, Dolmetscher oder Übersetzer, soweit im Einzelfall erforderlich,
- Banken und Zahlungsdienstleister,
- Steuerberater, soweit dies für Abrechnung oder gesetzliche Pflichten erforderlich ist,
- technische und organisatorische Dienstleister, etwa in den Bereichen Informationstechnik, Hosting, Telekommunikation, Aktenverwaltung, Dokumentenmanagement oder Aktenvernichtung, soweit diese als Auftragsverarbeiter oder sonst datenschutzrechtlich zulässig eingebunden sind.

7. Herkunft der Daten

Die Daten stammen grundsätzlich von Ihnen selbst oder aus den von Ihnen überlassenen Unterlagen. Soweit dies für die Mandatsbearbeitung erforderlich ist, können Daten auch von Gerichten, Behörden, Gegnern, Rechtsschutzversicherungen, sonstigen Beteiligten oder aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen.

8. Einsatz technischer Systeme einschließlich künstlicher Intelligenz

Im Rahmen der Mandatsbearbeitung können technische Systeme zur Unterstützung interner Arbeitsabläufe eingesetzt werden, einschließlich Anwendungen der künstlichen Intelligenz, soweit dies rechtlich zulässig ist. Der Einsatz solcher Systeme erfolgt ausschließlich unterstützend. Die rechtliche Prüfung, Bewertung, Beratung und Entscheidung im Mandat verbleibt bei der verantwortlichen Rechtsanwältin bzw. dem verantwortlichen Rechtsanwalt. Soweit hierbei personenbezogene Daten verarbeitet werden, erfolgt dies nur unter Beachtung der anwaltlichen Verschwiegenheitspflichten, der datenschutzrechtlichen Vorgaben und der jeweils erforderlichen technischen und organisatorischen Schutzmaßnahmen.

9. Übermittlung in Drittländer

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums erfolgt nur, soweit dies zur Mandatsbearbeitung erforderlich, gesetzlich zulässig oder von Ihnen ausdrücklich gewünscht ist. Soweit Dienstleister eingesetzt werden, bei denen ein Drittlandsbezug

nicht ausgeschlossen werden kann, erfolgt dies nur unter Beachtung der hierfür geltenden datenschutzrechtlichen Voraussetzungen.

10. Dauer der Speicherung

Wir speichern personenbezogene Daten grundsätzlich für die Dauer des Mandatsverhältnisses und darüber hinaus nur so lange, wie dies zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder zur Wahrung berechtigter Interessen erforderlich ist. Für anwaltliche Handakten gelten insbesondere die Aufbewahrungspflichten nach § 50 BRAO. Darüber hinaus können sich Aufbewahrungspflichten etwa aus steuer-, handels- oder sonstigen gesetzlichen Vorschriften ergeben.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist für die Prüfung, Übernahme und Bearbeitung des Mandats regelmäßig erforderlich. Ohne die erforderlichen Daten kann ein Mandat ggf. nicht oder nicht sachgerecht bearbeitet werden.

12. Rechte der betroffenen Person

Sie haben nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften das Recht:

- auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO,
- auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO,
- auf Löschung nach Art. 17 DSGVO,
- auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO,
- auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO,
- auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO,
- auf Widerruf einer erteilten Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO.

13. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling im Sinne von Art. 22 DSGVO findet nicht statt, soweit nicht im Einzelfall ausdrücklich etwas anderes mitgeteilt wird.

Stand: Oktober 2026